



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/52

2. März 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Vorkonferenz vom 5. März	S. 1
Fünf Jahre COMISCO	S. 3
Maier contra Gerstenmaier	S. 4
EDGB als Handlanger der Arbeiter-Ausbeutung	S. 6
Nachrichten aus der Ostzone	S. 7

Die Gefahr der Isolierung

=====

-dt. Selten ist einer internationalen Konferenz ein so umfangreicher Boterwechsel vorausgegangen wie der Viererkonferenz. Ebenso ungewöhnlich ist der Ton dieser Noten; es klingt beinahe so, als wollte jeder Absender einer Note noch rasch und - darauf kommt es an - vor der Weltöffentlichkeit seine Hände in der eigenen Unschuld waschen, ehe er den Marschbefehl an seine Armee gibt. Diesen Eindruck hat man vor allem beim Studium der russischen Noten, aber niemand ist darüber beunruhigt, man hat sich an die Regie des Kremls gewöhnt und während man früher zwischen den sachlichen Bemerkungen die Drohungen suchte, forscht man jetzt zwischen den Drohungen nach dem sachlichen Gehalt. Also kam es trotz allem zur Vorkonferenz vom 5. März.

Dass es gelungen ist, den Russen ein umfangreicheres Programm mündgerecht zu machen als nur das Problem Westdeutschland auf der Basis der "Prager Deklaration", das hat bereits die letzte russische Note an London gezeigt. Nur in einem Satz wird dort von der Teilnahme Westdeutschlands "an diesen Bündnissen" (Atlantikpakt und Westunion) gesprochen, alle anderen Kanonaden der russischen Note richteten sich bereits auf Probleme, an deren Behandlung den Westmächten ebenfalls gelegen ist. Somit sind die Aussichten auf ein Zustandekommen der wirklichen Konferenz nicht schlecht. Trotzdem wäre verfrühter Triumph fehl

am Platz; noch hat Moskau seine Karten nicht auf den Tisch gelegt und es ist durchaus möglich, dass der Kreml den Konferenz-Rummel ebenso abrupt abbricht, wie er ihn inszeniert hat, sofern es ihm gelingt, bereits in der Vorkonferenz seine Ziele zu erreichen.

Das nicht verschwiegene Hauptziel ist, eine Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern. Aber Stalin will nicht bei diesem Ziel stehenbleiben, seine Absichten gehen weiter. Sie lassen sich aus verschiedenen Erscheinungen auf den Nebenkriegsschauplätzen des Kalten Krieges herauskristallisieren. Ihr Kern ist, die Reihen des Westens zu verwirren und Westdeutschland aussenpolitisch zu isolieren, um innenpolitisch leichteres Spiel zu haben. Zu diesem Zweck hat Polen eine diplomatische Offensive bei jenen Nachbarn Deutschlands unternommen, die während des Krieges unter deutscher Besetzung gelitten haben und aus dem gleichen Grund hat Prag gegen die "Wiederaufrüstung" Deutschlands protestiert. Der Sinn dieser Unternehmungen ist klar: die bei den Nachbarn Deutschlands noch vorhandenen Ressentiments sollen, soweit sie durch Zeit und Umstände an Bedeutung verloren haben, wieder geweckt und gefördert und den betreffenden Regierungen soll es unmöglich gemacht werden, Deutschland als Partner zu betrachten. Den auf diese Weise aufgelockerten Boden will in der Hauptkonferenz Moskau bearbeiten, das sich den anfälligsten Partner im Widerspiel von Ressentiments, Frankreich, aufs Korn genommen hat, Westdeutschland soll isoliert werden und in die dadurch bei den Deutschen angerichtete psychologische Verwirrung gedenkt Moskau nachzustossen. Ein enttäuschtes und isoliertes Deutschland wäre eine leichte Beute - das ist die Quintessenz der diplomatischen Strategie Russlands. Käme es soweit, dann hätten die Sowjets bis zu den Pyrenäen weder militärisch noch ideologisch einen Gegner zu fürchten.

Sowohl Vorkonferenz als auch Hauptkonferenz werden also nicht nur darüber entscheiden, ob es wieder Deutsche in Uniformen geben wird, es steht weit mehr auf dem Spiel. Nicht zuletzt das Ziel Russlands, kampfflos an den Rhein zu kommen. Die Brückenköpfe dafür sollen in Paris - nicht nur auf der Vorkonferenz - errichtet werden. Zu keiner Zeit musste man die aussenpolitische Handlungsunfähigkeit Westdeutschlands stärker bedauern als jetzt.

+ + + +

Fünf Jahre COMISCO

F.S. London, Ende Februar

Als vor fünf Jahren ein "Informations- und Verbindungsbüro" für die sozialistischen Organisationen geschaffen wurde, das seinen Sitz im "Transporthaus" in London hatte, stand die SED noch ausserhalb einer Gemeinschaft, der sich eine Reihe von Länder-Organisationen angeschlossen hatten. Aber auch die SED brauchte nicht lange zu warten. Ihre Aufnahme erfolgte 1947 in Zürich. Seit dieser Zeit ist Erich Ollenbauer, der schon der alten Internationale angehörte, der ständige deutsche Vertreter in dieser Körperschaft, der auch ein Frauensekretariat, in dem Herta Gotthelf mitarbeitet, und die Union der Internationalen Sozialistischen Jugend angeschlossen ist.

Es war dieser wirklich internationale Geist, der dazu beitrug, schwierigen Problemen zu einer Lösung zu verhelfen. Nachdem zunächst die organisatorischen Fragen im Vordergrund standen, hat seit der Konferenz in Hastings, die vor beinahe einem Jahr stattfand, der politische und ideologische Komplex die Verhandlungen ausgefüllt. Zwei Monate vorher, Januar 1950, hatte Julius Braunthal die Leitung des Sekretariats übernommen, das sich jetzt "Committee International Socialist Conference" nennt. Braunthal gehörte der Internationale als Mitarbeiter Fritz Adlers seit ihrer Gründung 1923 in Hamburg an und war der Organisator des "International Socialist Forum", das während des Krieges in London existierte. Braunthals mutiger Initiative war es zu danken, dass damals die deutschen Sozialdemokraten Hans Vogel und Erich Ollenbauer in diesem Kreis mitarbeiten konnten. Während der vergangenen 12 Monate tagten eine Plenar- und drei Komitee-Konferenzen, acht Unterausschüsse, vier Spezial- und vier Experten-Kommissionen. Es war eine fast unglaubliche Vorerbeit zu leisten, um diese Tagungen zu organisieren und ideologisch vorzubereiten, wenn man die Probleme übersieht, die zu lösen waren.

Nicht nur die Konferenzen und ihre Programmpunkte waren bedeutsam; wichtig war und ist in gleichem Maße auch die Bereitschaft der sozialistischen Parteien untereinander, Verständnis für abweichende Meinungen aufzubringen, die aus der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Situation entstehen, mit der jede Gemeinschaft für

sich zu rechnen hat. Man muss bedenken, dass der Comisco bis jetzt 26 Länderorganisationen angeschlossen sind. Um Meinungsverschiedenheiten zu begründen und zu klären, um Nachrichten- und Informationsmaterial zu geben, veröffentlicht der Sekretär der Comisco ein wöchentlich erscheinendes Informationsblatt, in dem kürzlich die Umwandlung der Comisco in die alte Internationale angeregt wurde. Während der in diesen Tagen stattfindenden Konferenz, an der Erich Ollenhauer und Prof. Nölting teilnehmen, wird dieser Vorschlag neben den Berichten über Kollektiv-Verteidigung, über demokratischen Sozialismus diskutiert. Ein besonderer Punkt sieht Jugoslawien und die Abfassung eines Mai-Manifest vor.

Wenn im Juni die Vollsitzung der Comisco in Deutschland alle Vorschläge der Kommission annimmt, wird diese Tagung von historischer Bedeutung. Eine noch grössere internationale Auswirkung fände sie, wenn das Manifest zum demokratischen Sozialismus und die Umwandlung der Comisco in die Internationale in Berlin angenommen würde. Die alte Internationale wird neu entstehen, eine Internationale, die nicht mehr durch Mehrheitsbeschlüsse Verpflichtungen auferlegt, sondern die den Charakter einer freien, beratenden Körperschaft trägt, die trotzdem Probleme anpacken und meistern kann.

+ + + + +

Zum Streit Maier contra Gerstenmaier

sp. Beim ersten flüchtigen Hinblicken auf die zahlreichen Pressemeldungen, die sich in der letzten Zeit mit der Fehde zwischen dem württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier beschäftigten, zucken dem Leser zunächst unwillkürlich die Mundwinkel. "Maier contra Gerstenmaier": das klingt einfach entwaffnend.

Leider ist es in diesem Falle unmöglich, die Dinge aus humoristischer Perspektive zu sehen. Sie haben nämlich einen überaus ernsten Hintergrund: Die Form der Auseinandersetzung beider Politiker beweist wieder einmal, dass die Demokratie in Deutschland unter Umständen nicht nur von ihren unverbesserlichen Feinden in Misskredit gebracht wird, sondern auch von Menschen, die sich selber ganz aufrichtig für Demokratie halten.

Rufen wir uns die Ursache des Streits kurz in die Erinnerung zu-

rück: Ministerpräsident Maier kritisierte die aussenpolitischen Experimente Dr. Adenauers. Eisenhower, so sagte Maier u.a., habe Adenauer "das Spielzeug der Remilitarisierung" aus der Hand genommen.

Es bleibe dahingestellt, ob nicht die Formulierung "Spielzeug der Remilitarisierung" einen etwas unglücklichen Zungenschlag bekundet. Immerhin kann keinem Staatsbürger das elementare Recht bestritten werden, zu dieser Lebensfrage des deutschen Volkes ungeschminkt seine Meinung zu sagen. Natürlich muss er sich dann auch eine sachliche Kritik gefallen lassen.

Hat aber die überaus heftige und einseitige Reaktion Dr. Gerstenmaiers noch etwas mit Sachlichkeit zu tun? Macht man sich mit einer drastischen Kritik an den Massnahmen des Bundeskanzlers automatisch einer "demagogischen Unverschämtheit" schuldig? Verliert derjenige, der in der Frage der Remilitarisierung offene Worte spricht, damit die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, wie Dr. Gerstenmaier meint? Ist es richtig, dass sich der Bundeskanzler durch eine öffentliche Erklärung in eine solche Auseinandersetzung einmischt?

Zweifelloos hätte Dr. Maier besser daran getan, nur mit dem Politiker Dr. Gerstenmaier abzurechnen, nicht aber mit dem Leiter des Evangelischen Hilfswerks, gegen das z. Zt. noch Untersuchungen wegen gewisser Verstösse zoll- und devisenrechtlicher Art schweben. Vermengung von Gesichtspunkten, die sachlich nichts miteinander zu tun haben, beeinträchtigen zwangsläufig die Beweiskraft einer jeden Polemik.

Man ist mimosenhaft empfindlich in Bonn, ganz besonders gegen Vorwürfe, die sich gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung richten. Wahrscheinlich ist sogar die Heftigkeit, mit der Dr. Adenauer auf diese Vorwürfe reagierte, nicht zuletzt auf das schlechte Gewissen der Bundesregierung in diesen Fragen zurückzuführen. Die ernstesten Zeiten, die wir durchleben, eröffnen wahrhaftig keine Ausblicke auf ein soziales Paradies. Es kann aber kaum einen Zweifel unterliegen, dass die Haltung des deutschen Volkes gegenüber einem deutschen Verteidigungsbeitrag viel fester und konstruktiver wäre, wenn sich die Innenpolitik in den letzten anderthalb Jahren den Durchbruch zur

sozialen Gerechtigkeit zum Ziel gesetzt hätte, nicht aber die Vorewigung sozialer Ungerechtigkeit. Nichts anderes hat vermutlich Ministerpräsident Dr. Maier sagen wollen. Dass er dabei im Geiste Friedrich Naumanns argumentierte, statt im Geiste Rechenbergs, mag in Bonn Unbehagen und Bestürzung ausgelöst haben, aber bestimmt nicht im deutschen Volke selbst.

- - - - -

Ostzonen-Arbeiter immer rechtloser

(sp) Immer stärker tritt der kommunistische "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" der Ostzone als Schrittmacher einer weiteren Entrechtung der Arbeiterschaft auf. Ein treffliches Beispiel hierfür ist die jetzt in Fluss gekommene Bildung von "Betriebs-Kollektivverträgen". Diese vom Staat vorgeschriebenen und inspirierten "Kollektivverträge" sollen die alten Tarifverträge, "die der wachsenden Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung in keiner Weise mehr gerecht werden", ablösen. Damit ist einer Entwicklung Tor und Tür geöffnet, die allen klassischen Errungenschaften der Arbeiterschaft zuwiderläuft. Auf Grund dieser "Betriebs-Kollektivverträge" müssen sich die Belegschaften u.a. verpflichten, die Betriebsleitungen aufs tatkräftigste an der Rentabilität zu unterstützen, laufend Wettbewerbe durchzuführen, Brigaden zu bilden, ständig äusserste Arbeitsdisziplin zu wahren und eine laufende Übererfüllung der Arbeitsnormen anzustreben. Kein Wort dagegen von sozialen Besserungen, kein Wort von Lohnangleichungen an die befohlenen "Normen-Übererfüllungen". Vielmehr sollen zukünftig nach einer Erklärung des thüringischen FDGB-Landesvorsitzenden ausschliesslich Leistungslöhne gezahlt werden. Damit ist das neue "Arbeitsrecht" ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Zwangsarbeit. Die Interessenvertretung der arbeitenden Massen durch den FDGB ist zur reinen Farce geworden.

Zusehends sinkt der FDGB auf die Stufe eines Polizeibüttels herab. So kündigte der Leiter der FDGB-Zentralabteilung für Arbeit und Sozialpolitik die Einführung von "sozialistischen Ehrenstrafen" an für diejenigen Arbeiter in der Ostzone, die ihre Norm nicht erfüllen. Auf der gleichen Linie liegt der Plan, für "Bummelanten und Saboteure des Fünfjahresplans" sogenannte Arbeitsbesserungslager einzurichten. Man

geht in der Annahme nicht fehl, dass es sich um eine Parallele zu den sowjetischen Zwangsarbeitslagern handeln wird.

Damit ist auch die Stunde gekommen, da die alten Gewerkschaftsfunktionäre im FDGB keine Heimstätte mehr haben. Sie sind heute unerwünscht. Vom Vorsitzenden des FDGB wurde bereits eine "Reinigungsaktion grossen Stils" angekündigt. Funktionäre, die nur gewerkschaftliche Ziele verfolgen und die "fortschrittlichen politischen Aufgaben vernachlässigen", sollen so schnell wie möglich von ihren Posten abberufen werden.

+ + + + +

Nachrichten aus der Ostzone:

Die Definition des "Objektivisten"

sp. Der SED-Zeitung von Halle, der "Freiheit" entnehmen wir u.a.:

" Als Otto Grotewohl seinen Brief an Konrad Adenauer richtete, wurde dieses Angebot nicht nur veröffentlicht, sondern auch sehr ausgiebig diskutiert. Wer sich also dafür interessierte, der wusste genau, um was es geht. Als dann aber das harte "Nein" herüberklang, da lag für niemanden, der objektiv denkt und Grotewohls Vorschlag kannte, ein Bedürfnis vor, die Argumente Adenauers zu "studieren"; das "Nein" genügte ihm vollkommen! Die genaue Kenntnis der Bonner Antwort ändert nichts an der Tatsache und hilft uns auch nicht weiter. Wer sie aber unbedingt Wort für Wort lesen will, ohne doch irgend etwas zu tun, der ist ein echter Objektivist, der auch einen auf frischer Tat gefassten Mörder unbedingt noch fragen würde, ob er wirklich gemordet habe. Er stellt seiner eigenen Urteilskraft ein böses Armutzeugnis aus."

+ + + +

Selbstverwaltung ist zu kostspielig

sp. Die Landesregierung von Brandenburg hat angeordnet, dass aus "Sparsamkeitsgründen" die Mitgliederzahl der Gemeindevertretungen reduziert werden müsse. Die Festsetzung der Anzahl der Gemeindevertreter erfolgte auf Grund der sogenannten Einheitsliste anlässlich des Wahlmanövers von Oktober 1950. In Storkow wirkte sich die Reduzierung in der Weise aus, dass die drei gewählten LDP- und CDU-Vertreter aus dem Gemeindeparlament ausscheiden mussten.

+ +

Kriminelle für Sabotageaktionen

sp. Im Zuchthaus Brandenburg werden kriminelle Häftlinge durch den sowjetischen Geheimdienst für Aufträge nach Westdeutschland angeworben. Den Häftlingen wird als Gegenleistung Rehabilitierung in Aussicht gestellt.

+ +

Für die Polizei registriert

sp. In Erfurt wurden alle männlichen Einwohner im Alter von 18-25 Jahren für die Polizei registriert. Die Reparaturen und Neubauten an den Kasernen an der Henne wurden fertiggestellt. Nach neuesten Berichten wurde eine Erweiterung des Flugplatzes Bendersleben um mehrere hundert Hektar begonnen.

+ +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt